

# Zürich

**Teure Spitäler**  
Wie Regierungsrat  
Thomas Heiniger  
sparen will.

21



**Forscher rätseln**  
Zahl der Zürcher  
Igel deutlich  
zurückgegangen.

23

## Formel-E-Gegnern fehlen Stimmen

Linke Gemeinderäte witterten die Chance, das Autorennen in letzter Minute doch noch zu stoppen. Jetzt werden sie ausgerechnet von ihren Verbündeten im Stich gelassen.

**Salome Müller und Patrice Siegrist**

Es ist ein Kampf, der sich am besten an Markus Knauss festmachen lässt. Der grüne Gemeinderat will das Formel-E-Rennen nicht. Um keinen Preis. Bereits im Juni soll der Event in der Innenstadt Zürich durchgeführt werden, der Stadtrat hatte diesen Herbst die Bewilligung am Gemeinderat vorbei und in Eigenregie erteilt, denn es eilte - die Zeit war äusserst knapp.

Auf den Entscheid hatten die grünen Parlamentarier keinen Einfluss. Nun bekommen sie die Chance, sich im Gemeinderat via Budget zu wehren - unerwartete Unterstützung erhalten sie von den Sozialdemokraten, der grössten Fraktion im Stadtparlament. «Kein Autorennen beziehungsweise zu viele offene Fragen»: Gleich dreimal ist dieser Vermerk auf Seite 33 der Anträge zum städtischen Budget 2018 notiert, das die Politiker heute im Gemeinderat behandeln. Es ist die Begründung der Grünen und der SP, die jene Budgetanträge des Sicherheitsdepartements ablehnen: Wegen des Formel-E-Rennens fallen sie höher aus.

Dass die SP derart auf die Bremse tritt, überrascht. Die Grünen freut es umso mehr. Sie sind auf jede Stimme angewiesen, die sie gegen das eigentlich beschlossene Projekt gewinnen können. Ihre Absicht: durch das Hintertürchen Budget den Anlass doch noch zu verhindern, quasi in allerletzter Minute. «Stadtverträglich ist ein Autorennen nur dann, wenn es nicht stattfindet», schrieb die Stadtpartei einst in einer Mitteilung. Aber anders als der Grüne Knauss, der den Langsamverkehr fördern will und ein Autorennen per se als falsches Signal wertet, argumentiert die SP weniger grundsätzlich. «Es geht nicht um die Frage, ob wir ein Formel-E-Rennen wollen oder nicht», sagt SP-Gemeinderat Florian Utz. «Das können wir noch gar nicht entscheiden, weil zu viele Fragen in der Planung offen sind.» Die Fraktion könne derzeit zum Projekt Formel E einfach nicht mit gutem Gewissen Ja sagen. Dieses sei von den Behörden «unseriös» aufgegleist.

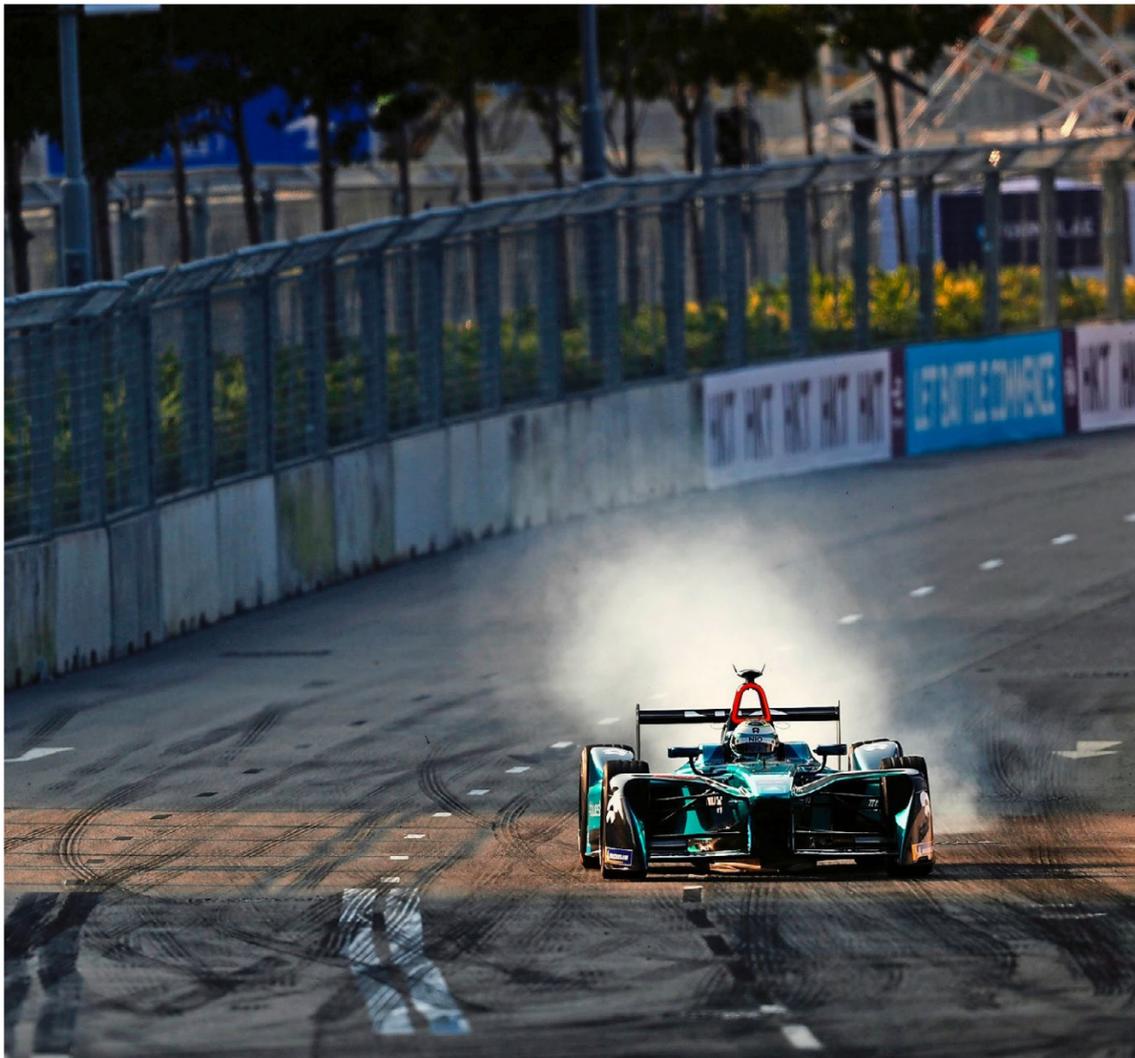
### Fragen in drei Bereichen

Es sind drei Bereiche, in denen die SP solche ungeklärten Fragen sieht: die Sicherheit, die Umwelt und die Budgetierung. «In einem halben Jahr sollen die

### Bürgerliche Mehrheit

SVP-Gemeinderätin neu dabei

Die Bürgerlichen haben die Mehrheit im Zürcher Gemeinderat wieder zurückerobert. Carmen Senoran (SVP) kann heute Freitag nun definitiv an der Budgetdebatte teilnehmen. Gegen ihre Nominierung ist bis Donnerstagabend kein Rekurs eingegangen, wie Christina Stücheli, Sprecherin der Stadtkanzlei, auf Anfrage bestätigt. Senoran rückt in den Gemeinderat nach, weil Mario Babini im November verstorben ist. Babini war parteilos, nachdem ihn die SVP 2014 aus der Fraktion ausgeschlossen hatte. Seither spielte er insbesondere in der Budgetdebatte das Zünglein an der Waage, weil die Ratslinie um SP, Grüne und AL sowie die bürgerlichen Parteien SVP, FDP, CVP und GLP im Parlament auf 62 Sitze kamen. Noch zum Start der Budgetdebatte am vergangenen Mittwoch hatte der Ratspräsident Peter Küng (SP) bei einer Pattsituation den Stichentscheid. (zac)



Wie hier in Hongkong sollen die Formel-E-Autos bereits im kommenden Sommer durch Zürich flitzen. Foto: Getty Images

Rennboliden durch die Stadt rauschen, und es ist noch nicht einmal klar, ob die Feuerwehrleute von Schutz & Rettung Zürich (SRZ) die Streckensicherung übernehmen», sagt Utz. Dies sei ihrer Ansicht nach keine Kleinigkeit, die es in der Detailbewilligung zu regeln gelte. «Das sind grundlegende Aspekte, die geklärt gehören.»

Tatsächlich bestätigt ein Sprecher von SRZ, dass man derzeit abkläre, ob der Veranstalter eigenes Fachpersonal zur Streckensicherung bereitstellt oder ob eigene Mitarbeiter dafür noch geschult werden müssten. Die Berufsfeuerwehr verfüge zwar über das Wissen und die Erfahrung bei Einsätzen an Grossveranstaltungen sowie im Umgang und in der Brandbekämpfung bei Elektrofahrzeugen. Aber: «Diese Hochleistungs-Fahrzeuge sind in Bezug auf Bauweise und Technologie nicht mit herkömmlichen Strassenfahrzeugen zu vergleichen», sagt der Sprecher. Eine solche Rennveranstaltung wäre Neuland für SRZ.

Zu den möglichen Umweltauswirkungen, die der Anlass mit sich bringt, habe man ebenfalls noch keine Antworten erhalten, sagt Utz. «Jede Grossveranstaltung belastet die Umwelt, und wir wüssten gerne, in welchem Rahmen sich dies beim Autorennen bewegt.»

Zuletzt findet die SP die Budgetierung inkonsequent. Während das Sicherheitsdepartement seine Ausgaben auflistet, budgetiere das Tiefbaudepartement nichts. «Obwohl ja kein Dritter

die Strassen ohne Auftrag der Stadt umbauen kann», sagt Utz. Noch in der Rahmenbewilligung hat der Stadtrat 600 000 Franken Ausgaben für Provisorien und Strassenumbauten aufgelistet, die nun im Budget fehlen. Auf Anfrage schreibt das Tiefbaudepartement, es habe lediglich die «Oberaufsicht» über das Projekt und habe dieses deshalb nicht budgetiert: «Das Organisationskomitee gibt die baulichen Massnahmen direkt einer Baufirma in Auftrag und rechnet mit dieser ab.»

### Ausstand oder nicht?

Eine geschlossene Linke käme im Gemeinderat auf 62 der 125 Stimmen. Das würde das absolute Mehr nur um eine Stimme verfehlen, der Beschluss für das Autorennen könnte knapp ausfallen. Oder sogar zugunsten der Linken: Knauss hat etwas entdeckt, was ihm helfen könnte. Mit den FDP-Vertretern Raphael Tschanz, Roger Tognella und Severin Pflüger sitzen nämlich drei Personen im Parlament, die zugleich im Vorstand des Vereins E-Mobil sind, der das Rennen organisiert. Müssten diese drei bei der Abstimmung wegen Befangenheit nicht in den Ausstand treten? Und müsste Tschanz sein Engagement nicht bei den Interessenbindungen offenlegen?

Knauss hat im Büro nachfragen lassen, was die Rechtskonsultantin des Gemeinderates dazu meint. Jetzt ist die Antwort eingetroffen. Zwar steht in der Geschäftsordnung, «die Mitglieder des

Rats, die von einem Geschäft direkt oder indirekt betroffen sind, gelten als befangen und seien von den «Beratungen und Abstimmungen in den Kommissionen und Rat ausgeschlossen». Allerdings gilt für das Budget eine andere Regelung, weil dieses eine «Vielzahl von Personen begünstigen oder benachteiligen» würde. Gestern hat Tschanz zudem seine Verbindung online nachgeführt.

Das eigentliche Problem der Grünen umfasst aber mehr als diese drei Stimmen, nämlich neun: Die AL macht nicht mit. Nicht etwa, weil die kleinste der linken Parteien die Formel E befürwortet. Sie macht «staatspolitische» Gründe geltend. «Es ist undemokratisch, eine Veranstaltung, die offiziell durchgeführt werden darf, übers Budget verhindern zu wollen», sagt AL-Fraktionspräsident Andreas Kirstein. Knauss versteht das nicht: «Gerade die AL, die sonst eine reine Standortförderungs politik des Stadtrates vehement kritisiert, lässt diese Möglichkeit einfach verstreichen.» Aber er weiss: Er wird im Rat unterliegen.

«Die FDP hat leider im Vorfeld eine Diskussion über den Sinn und Unsinn eines solchen Rennens unterbunden», sagt Knauss. Die Budgetdebatte sei wegen der vielen Anträge wenig geeignet, noch Grundsatzdiskussionen zu führen. Als Referent seiner Fraktion will er es sich dennoch nicht nehmen lassen, sich heute dazu zu äussern und seine Position klarzumachen. Wenn auch nur für wenige Minuten.

## Gamer kämpfen um Anerkennung

Aus der Staatskasse gibts kein Geld für neue Medien und den Film - vorerst. Jetzt muss wohl das Zürichervolk über die neue Kulturförderung entscheiden.

**Nicola Brusa**

Am 31. Dezember 2021 ist Schluss. Bis dahin ist der jährliche kantonale Beitrag an die Zürcher Filmstiftung gesichert. Das Geld, mit dem der Film und neue Medien gefördert werden, stammt aus dem Lotteriefonds. Damit auch nach 2021 Fördergelder fliessen, hat der Verein Zürich für den Film gemeinsam mit der Swiss Game Developer Association (SGDA) im Frühjahr 2016 eine Volksinitiative eingereicht; 9000 gültige Unterschriften aus dem Kanton bezeugen, dass das Anliegen ein gewisses Gewicht in der Bevölkerung hat. Die Initiative Film- und Medienförderungsgesetz fordert, dass ein fester jährlicher Beitrag aus dem ordentlichen Budget für den Film und neue Medien festgeschrieben wird - «Kultur ist eine staatstragende Aufgabe und darf nicht nur über das Glücksspiel finanziert werden», schreiben die Initianten.

Das sieht die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) des Kantonsrats anders. Sie empfiehlt dem Kantonsrat mit 11 zu 4 Stimmen, die Initiative abzulehnen, wie sie gestern mitteilte. Sollte der Kantonsrat der Kommission folgen, kommt die Initiative vor das Volk. Eines der Hauptargumente der KBIK: Der Regierungsrat wird in Kürze ein kantonales Lotteriefondsgesetz vorlegen. Es sei denkbar, dass weiterhin ein Teil der Mittel aus dem Fonds für kulturelle Zwecke verwendet werde, schreibt die Kommission weiter. Sie lehnt es zudem «aus kulturpolitischen Gründen» ab, der Filmbranche eine «Sonderbehandlung» zukommen zu lassen. Vielmehr gehe es darum, im Rahmen einer Gesamtschau zu entscheiden, wie hoch die Ausgaben für die Kulturförderung insgesamt sein sollen. Dabei gehe es um die Frage, wie viel welche Sparte erhält, aber auch, woher das Geld kommt: Aus dem Lotteriefonds oder aus ordentlichen Budgetmitteln.

Vor dieser Gesamtschau warnen die Initianten in ihrer gestrigen Reaktion auf den KBIK-Entscheid. Sie sprechen von einem «Angriff auf die Kultur», der in die entscheidende Phase komme. Es sei anzunehmen, dass das neue Lotteriefondsgesetz Mittel sei, um den Kulturat zu plafonieren - und genau das wolle die Initiative verhindern.

### Geld für die Gameentwickler

Die Initianten streichen die Bedeutung des Kantons als Film- und Medienzentrum der Schweiz hervor. Zwei Drittel der audiovisuellen Werke der Schweiz würden von Zürcher Film- und Medienschaffenden entwickelt und produziert. Das sieht auch die KBIK so: Die Filmbranche habe für den Kanton sowohl eine kulturelle als auch eine wirtschaftspolitische Bedeutung. Sie gehe davon aus, dass die Filmstiftung auch nach Ablauf der befristeten Beiträge aus dem Lotteriefonds unterstützt werde. Es sei wichtig, dass neben dem traditionellen Film auch neue Darstellungsformen wie etwa Games gefördert werden.

Deshalb beantragt die Kommission dem Regierungsrat mittels Postulat, einen Beschluss für die Zeit ab 2022 auszuarbeiten. Mit der angestrebten Förderung neuer Darstellungsformen werde einem Ziel der Initiative entsprochen.

Anzeige

Seite 22 und 24

# Weihnachten in Zürich

Profitieren Sie von attraktiven Weihnachtsangeboten!